

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

Preis 15 Groschen

Wahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryedgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN
Nr. 4 Februar 1933 5. Jahrg

Erscheint 14 tägig — Preis bei Arbeitslosenvermittlung
und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Nichtangriffspakt? Niemals! Kampfbundnis heißt die Parole

Unter den Stöben der Massen, unter dem Feuer der fortgeschrittensten, revolutionären Elemente der Arbeiterklasse ist die Sozialdemokratie gezwungen, lauter als je zuvor die Stimme zu erheben und nach der Einheitsfront zu rufen. Verjagt aus dem Staatsapparat, verlassen von den burglichen Parteien, wie dem Zentrum, das deutlich nach rechts wendet, verfolgt und gehetzt vom Faschismus, blickt die Sozialdemokratie hilflos nach links — aber nicht nur nach links.

Nicht wenige entscheidende, führende Funktionäre der SPD setzen auch heute noch ihre Hoffnung auf Bundesgenossen aus dem Lager der Konterrevolution, auf den Gegensatz zwischen Bonapartismus und Faschismus.

Die Fäden zu Schleicher sind nicht abgerissen und die Fäden, die Schleicher selbst nach allen Seiten spinnst, werden nicht weniger, sondern nur widerspruchsvoller.

Die Hoffnung, daß bei den ersten Schwierigkeiten im monarchistisch-faschistischen Block die politischen Generale bei Hindenburg vorsprechen — ähnlich wie vor dem Sturz Grüner-Brünings — und die Proklamierung der Militärdiktatur Schleichers zur „Aufrechterhaltung des gefährdeten inneren Friedens“ verlangen werden, ist der letzte große Selbstbetrug, den sich der Reformismus jetzt noch hingibt. Er klammert sich verzweifelt an seine Illusionen, er versucht der harten, unerittlichen Wirklichkeit zu entfliehen, den Kopf im Sande zu verstecken, um der geschichtlichen Wahrheit zu entgehen, die vor ihm steht: daß der Traum von 1918 zu Ende ist und daß ein entsetzliches Erwachen für alle jene beginnt, die davon geträumt hatten, endlich behaglich und friedlich von den Pfunden zehren zu können, die der Kapitalismus, dankbar für seine Rettung vor der proletarischen Revolution, ihnen überweist.

Der „undankbare“ deutsche Kapitalismus hat 1930 der SPD den Futritt gegeben; er glaube zunächst mit der parlamentarischen Diktatur Brünings, dann mit der Militärdiktatur Schleicher-Papen und schließlich mit der reinen, bonapartistischen Militärdiktatur Schleicher die Arbeiterklasse niederhalten zu können, ohne den Faschismus zur politischen Macht lassen zu müssen.

Alle diese Experimente des Kapitalismus in Deutschland sind gescheitert. So hat er zum letzten Mittel greifen müssen: um ihre soziale Herrschaft aufrechtzuerhalten, hat die deutsche Bourgeoisie die politische Macht dem faschistisch-monarchistischen Block übertragen müssen.

Drei Jahre nach dem Sturz der Müller-Regierung ist in Deutschland ein konterrevolutionares Regime aufgerichtet, dessen einziger klarer, unverrückbarer Programmpunkt lautet: Vernichtung der gesamten Arbeiterbewegung!

Die Führer der KPD geben sich einem verhängnisvollen Irrtum hin, wenn sie dem Faschistenfuhrer Heildorf Grubenschenken, der einem Pariser Blatt erklärte, die SPD werde nicht angetastet, nicht vom Faschismus vernichtet werden!

Gerade der deutsche Faschismus, unfähig auch nur ein Tausendstel seiner Verhelungen einzulösen, wird jede, auch die zahnlose Opposition gegen sein Regime ausmerzen müssen, weil er befürchtet muß, daß jeder Ansatz zu einer organisierten Opposition ihm um so gefährlicher wird, je mehr er die Massen enttäuscht und erbittert.

Auch für die SPD läutet Herr Hitler die Totenglocke! Wenn Heildorf dies leugnet, so nur, um die SPD einzuschlafeln, sie ruhig zu sehen, wenn die KPD zertrumert wird. Das ist der ganze Witz!

Der Umsturz, der sich in der Stellung der Bourgeoisie zur SPD innerhalb der letzten drei Jahre vollzogen, kommt dem Arbeitermassen der SPD immer mehr zum Bewußtsein. Sie drängen nicht nur zum Kampf gegen den Faschismus, zur proletarischen Einheitsfront, sondern sie drängen weiter nach links, zum Kommunismus — noch nicht zur KPD, deren Fehler und inneres Regime sie abschreckt.

Unter dem Druck ihrer Massen, die in ihrem Glauben an die kläglichen Ideen des Reformismus erschüttert sind, geraten große Teile des SPD-Apparates ins Wanken. Sie wollen sich von den Massen nicht isolieren, sie wollen zum Teil auch ernsthaft ihre Organisationen verteidigen, aber vor allem wollen sie den Glauben der Arbeiter an ihre politische Weisheit erhalten.

Die Diagonale dieser verschiedenen Bestrebungen stellt die Idee des „Nichtangriffspaktes“ dar; es ist nicht unbekannt, daß die aktivsten Vorkämpfer dieser famosen Idee

kürzlich bei einer Abstimmung im PV der SPD nur mit einer Stimme in der Minderheit blieben, es ist aber auch bekannt, daß diplomatische Schritte des ZK der KPD durch Torgler beim PV der SPD und beim Bundesvorstand des ADGB kein Gehör fanden und daß eine Vermittlung zwischen Münzenberg und Künstler an der Ablehnung Künstlers scheiterte.

Grade das Versagen der KPD bei allen ersten Aktionen, der schreiende Widerspruch zwischen der Theorie vom Sozialfaschismus und den diplomatischen Manövern, die jetzt das ZK der KPD durch Torgler machen lat, gibt den bankrotten SPD-Führern den Mut, als Preis der proletarischen Einheitsfront einen Nichtangriffspakt zu verlangen. Was bedeutet ein Nichtangriffspakt? Nichts anderes als den Verzicht der Kommunisten, innerhalb des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus den SPD-Arbeitern an ihren eigenen Erfahrungen zu zeigen, daß sie sich endgültig vom Reformismus loslösen müssen. Ein solcher Nichtangriffspakt wäre glatter Verrat, er würde die KPD in ein Anhängsel der SPD verwandeln. Das lehrt uns die tragische Geschichte der beiden großen Nichtangriffspakte der Komintern: der Pakt zwischen der chinesischen Kompartei und der Kuomintang 1926/27 und der Pakt zwischen den Sowjetgewerkschaften und den englischen Gewerkschaftsfuhrern (Anglo-russisches Komitee) zur Bekämpfung der Kritik der Verraterinnen ihrer Bundesgenossen hat die Komintern 1926/27 in England und China an den Rand des inneren und äußeren Zusammenbruches geführt.

Nichtangriffspakt mit der SPD bedeutet die Garantie für die bankrotten Reformisten, daß sie die Führung der Arbeiterklasse behalten, er bedeutet den Zusammenbruch der KPD.

Die SPD-Arbeiter, längst bereits irre geworden an der Politik ihrer Führer, sind weit davon entfernt, von den Kommunisten einen so provokatorischen, selbstmorderischen Nichtangriffspakt zu verlangen.

Sie sind bereit, mit beiden Händen zuzugreifen, wenn die KPD ein ehrliches Kampfbundnis der SPD vorschlägt, ein Kampfbundnis zur Schaffung gemeinsamen Massenselbstschutzes und von Aktionsausschssen in den Betrieben und Bezirken.

Die SPD-Führer, die es wagen sollten, ein solches

erstes Kampfbundnis, das die KPD an die gesamte SPD richtet, abzulehnen — sie würden von den SPD-Arbeitern hinweggefegt werden.

Die Führer unserer Partei beginnen jetzt, nachdem alle ihre schmahligen diplomatischen Manöver gescheitert sind, von einem ernsthaften Kampfbundnis zu sprechen. So erklärte Gen. Torgler in „Berlin am Morgen“ vom 12. II. die Bereitschaft der KPD, ein solches Kampfbundnis mit der SPD abzuschließen.

Das ist ein großer, bedeutsamer Fortschritt, zustandekommen unter dem Druck der besten Teile der Arbeiterklasse und der Partei, die durch die unerträgliche Opposition alarmiert wurden.

Noch manoverieren die Spitzen der Apparate in der KPD und SPD. Aber Schritt für Schritt werden sie von ihren kleinburglich-konservativen Positionen abgedrängt, geraten sie unter den Druck der revolutionären Arbeitermassen.

Jetzt heißt es nachstoen, mit verzehnfachter Kraft!

Das Kampfbundnis muß Wirklichkeit werden. Die Stunde der Niederbrechung des Terrors ist gekommen, sagt Hitler?

Jawohl, er hat recht. Der Terror, der über Deutschland rast, muß gebrochen werden. In allen Städten und Dörflein blutet das deutsche Proletariat aus tausend Wunden. Es ist Nacht geworden über Deutschland, die dunkle Nacht des faschistischen Terrors.

Aber unendlich stärker als die rasenden, tobenden Rotten des Faschismus sind die Millionenmassen des deutschen Proletariats. Unsere Kraft ist unsere unermeßliche Zahl, unsere proletarische Klassendisziplin, unsere Organisationen und unser revolutionäres Bewußtsein. Wir sind nicht besiegt, wir sind nicht niedergedrungen. Unsere Arbeiterklasse hat nur noch nicht die Betäubung und Verwirrung restlos überwunden, daß es möglich war, ihr Herrn Hitler in den Nacken zu setzen.

Keine Illusionen über Hitlers Abwirtschaften! Nichts kann die deutsche Arbeiterbewegung retten als ihre eigene Klassenherrschaft. Setzt sie aber diese ein, dann, aber nur dann wird es sich zeigen, daß Deutschland nicht Italien ist. Darüber werden nicht die Gesetze der Oekonomie und sozialer Struktur entscheiden, sondern der offene unerittliche Kampf.

An die KPD!

Die diplomatischen Aktionen des Gen. Torgler, beglennt mit dem Besuch bei Schleicher am 21. Januar, die Geheimverhandlungen, die Torgler bei Leipzig und beim PV der SPD versuchte, die „vertraulichen“ Besprechungen, die Münzenberg mit Künstler durch Mittelspersonen anstrebte — alle diese Aktionen haben mit einer ernsthaften, auf ein Kampfbundnis mit der SPD gerichteten Politik nichts zu tun.

Das ist nicht der Weg zur Einheitsfront, sondern er kann zu einer Politik führen, wie sie 1926—28, nach dem Ekki-Brief eingeschlagen wurde, wo die Partei im Schleppfu der SPD segelte.

Wir warnen die Partei davor, daß das ZK, dessen Politik bankrott gemacht hat, nunmehr in Panik gerät, nach rechts umklippt, die opportunistische Politik von 1926—28 wieder aufnimmt.

Es besteht die Gefahr, daß das Ekki und das ZK unter dem Vorwand eines „Sonderzustandes“ in Deutschland Abmachungen mit der SPD eingehen, die unsere Partei schädigen.

Vergessen wir nicht, wie die finnische Kompartei in einer ähnlichen Situation wie die gegenwärtige in Deutschland über Nacht vor der finnischen Sozialdemokratie kapituliert, ihr das ganze Parteieigentum auslieferte, damit es nicht in die Hände der Faschisten falle.

Wir wiederholen nochmals: Es darf keine Geheimverhandlungen mit den SPD-Führern geben, es darf niemals zu einem Nichtangriffspakt mit der SPD kommen!

Unsere Partei muß sich offen und ehrlich mit einem Manifest an die Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften wenden. Sie muß in diesem Manifest erklären, daß sie im Faschismus den Hauptfeind der Arbeiterklasse, den Todfeind beider Parteien, der SPD und der KPD, den Vernichter der gesamten Arbeiterbewegung erblickt.

Sie muß die SPD und den ADGB zur Schaffung gemeinsamer Aktionsausschsse mit der KPD, zur Aufrichtung eines gemeinsamen Massenselbstschutzes auffordern.

Sie muß von ADGB die geschlossene Aufnahme der RGO fordern, wobei die RGO erklärt, daß sie ihre Tätigkeit als innergewerkschaftlicher linker Flügel im Geiste des Marxismus ausüben will.

Die Partei muß in diesem Manifest offen erklären, daß sie in der SPD keine Abart des Faschismus erblickt (Sozialfaschismus), sondern eine reformistische Partei, deren staats-erhaltende, wirtschaftsfriedliche Politik vom Gang der Entwicklung klar und eindeutig als verderblich für das Proletariat bewiesen wurde. In diesem Manifest muß die Partei jene ernste, von Uebertreibungen und Hysterie freie Sprache des revolutionären Marxismus sprechen, die sich das Gebot der reformistischen Massen zu erborn vermag. Es genügt nicht, dieses Manifest aufzustellen, zu veroffentlichen und der SPD-Führung zu überreichen. In allen Betrieben, Stammposten, in allen Gewerkschaftsversammlungen, in allen Städten Deutschlands muß das gesamte Proletariat zu diesem Manifest Stellung nehmen und seinen Willen ausdrücken, seinen Urtellspruch beiden Parteien und dem ADGB bekanntgeben.

Dies ist der Weg, der zu einer wirklichen Durchbrechung des gefährlichen SPD-Manövers mit dem „Nichtangriffspakt“ führt.

Dies ist der Weg, der zu einem mächtigen Aufschwung im ganzen deutschen Proletariat führen wird. Seiner gewaltigen Kraft bewußt, wird das deutsche Proletariat seinen Feinden demonstrieren, daß es keine Macht der Welt gibt, die diese kampfgestaltete, sturmerprobte Vorhut des internationalen Proletariats — in den Ländern des Kapitalismus — ins Knd: zu zwingen vermag.

Linke Opposition der KPD
(Bolschewiki-Leninisten)

Sowjetwirtschaft in Gefahr!

Vor dem zweiten Fünfjahrplan

Von L. Trotzki

Die Landwirtschaft

„Die Landwirtschaft der Sowjetunion“, schrieb die „Pravda“ am 28. September, „hat sich definitiv auf sozialistischen Wege befestigt“. Derartige Phrasen, gewöhnlich durch eine bloße Bezugnahme auf die Zahl der kollektivierten Bauernhöfe und Hektare bekräftigt, sind ein schmätzerischer Hohn auf den tatsächlichen Zustand der Landwirtschaft und des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Stadt und Dorf.

Die Jagd nach rekordmäßiger Kollektivisierung, ohne die technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten der Landwirtschaft zu berechnen, führte zu in der Tat verheerlichen Folgen. Sie beseitigte für die kleinen Warenherzeuger alle Anreize, noch lange bevor sie in andere, dieselben durch andere höhere wirtschaftliche Anreize zu ersetzen. Der administrative Druck, der sich auch in der Industrie nach selbst erschöpft, erweist sich in der Landwirtschaft als vollständig ohnmächtig.

Ein kanakisches Kosakendorf, teilt die gleiche „Pravda“ mit, wurde für seine Frühjahrs-Aussaatkampagne prämiert. Dabei erwies sich die Bearbeitung dann als so schlecht, daß die Felder dicht von Stoppelnkraut überwuchert wurden. Dieses kanakische Kosakendorf ist ein Symbol für das Jagen der Verwaltungsbehörden nach der Quantität im Bereich der Landwirtschaft. Die kompakte Kollektivisierung führte zum kompakten Unkraut auf den Feldern.

Den Kollektivgütern wurden 100.000 Traktoren überwiesen. Eine gigantische Eroberung! Aber wie die unzähligen Zeitungsberichte aus dem Lande beweisen, entspricht der Nutzeffekt der Traktoren bei weitem nicht ihrer Zahl. Auf der Maschinenfabrik von Poitawa, einer der neuerrichteten, „erlitten von 27 unlangst gelieferten Traktoren 19 schon starke Defekte“. Diese Zahlen sind keine Ausnahmen. Die Traktorenstation von Priwolohansk (Ukraine) verfügt über 52 Traktoren, von denen zwei seit dem Frühjahr nicht arbeiten. 14 befinden sich in Generalreparatur, und von den übrigen 36 werden noch nicht die Hälfte für die Saatzeit verwendet, „und auch die stehen abwechselnd still“. Der Koeffizient aus dem wirklichen Nutzeffekt der 100.000 Traktoren ist noch nicht berechnet worden!

Im schwindelerregendsten Moment der durchgängigen Kollektivierung stellte Rakowsky die harte Diagnose: „Als erstes Ergebnis zeigt sich ein durch die ganze vorausgegangene Politik vorbereitetes und durch die Periode der antikollektivistischen Abenteurer verstärktes Sinken der landwirtschaftlichen Produktivkräfte, das auf dem Gebiet der Viehzucht und teilweise auch der technischen Pflanzenkulturen noticeable ist und sich auf dem Gebiet der Getreidekulturen zu zeigen beginnt“.

Hat sich Rakowsky geirrt? Unglücklicherweise, nein. Nichts kann einen so erschütternden Eindruck hervorrufen, als ein kleines, ganz unmerkbares Dekret des ZIK vom 11. September 1932, das in der Sowjetpresse ohne Kommentar geblieben ist. Unter der Unterschrift von Kalinin und Molotow wurde den einzelnen selbständigen Bauern die Verpflichtung auferlegt, für den Bedarf der Kollektivgüter und auf deren Forderung hin gegen eine bestimmte Bezahlung ihre Pferde teilweise abzutreten. Die Kollektivgüter werden verpflichtet, diese Pferde den Besitzern „in gutem Zustand“ zurückzugeben.

So steht es um das Verhältnis zwischen dem sozialistischen und dem kleinbürgerlichen Sektor der Landwirtschaft! Die Kollektivgüter, die 80–90 Prozent des Ackerbodens bearbeiten und, in der Theorie, durch ihre Ertragskraft die individuellen Bauernwirtschaften nachziehen sollen, zeigen sich in Wirklichkeit genötigt, ihre Zukunft zur staatlichen Oesetzgebung zu nehmen, um für ihre Bedürfnisse von den einzelnen Bauern auf dem Zwangswege deren Pferde ausgeliefert zu bekommen. Hier ist alles auf den Kopf gestellt. Dieses Dekret vom 11. September enthält für die Stalin-Molotow-Politik ein Todesurteil.

Das Problem des Arbeiter- und Bauernbündnisses („Smitschka“)

Können sich auf dieser materiellen und produktiven Grundlage die Beziehungen zwischen Stadt und Dorf bessern?

Wir erinnern noch einmal daran: Das wirtschaftliche Fundament der Diktatur des Proletariats kann erst von dem Moment an als völlig gesichert gelten, wenn der Staat, um die landwirtschaftlichen Produkte zu erhalten, nicht mehr gezwungen ist, gegenüber der Mehrheit der städtischen Bevölkerung zu Maßnahmen des behördlichen Zwanges zu greifen, das heißt, wenn die Bauern im Austausch gegen Maschinen, Werkzeuge und persönliche Bedürfnisse dem Staat freiwillig die nötige Menge Nahrungsmittel und Rohstoffe liefern. Nur auf dieser Grundlage kann die Kollektivisierung — wenn die übrigen inneren und internationalen Bedingungen gegeben sind — einen wirklich sozialistischen Charakter erhalten.

Das Verhältnis der Preise der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse hat sich ohne Zweifel zugunsten des Bauern verändert. Freilich, auf diesem Gebiet eine der Wirklichkeit einigermaßen nahekommende Berechnung aufzustellen, ist eine unlösliche Aufgabe. „Der Preis für den Zentner Milch“, schreibt beispielsweise die „Pravda“, „schwankt je nach den Kollektivgütern zwischen 43 und 266 Rubeln.“ Der Unterschied zwischen den staatlichen Preisen und den Preisen der zugelassenen Märkte ist noch größer. Nicht weniger verschiedenartig sind die Preise auf Getreideerzeugnisse, je nachdem, auf welchen Kanälen sie bis zum Bauern gelangen. Ohne Anspruch auf Genauigkeit kann man jedoch behaupten, daß der Bauer die Preisstrecke im engen Sinne des Wortes geschlossen hat. Das

Dorf begann für seine Produkte die Menge von Geldzeichen zu erhalten, mit denen es sich zu festen staatlichen Preisen mit Industriewaren hätte versorgen können, wenn — diese Waren vorhanden wären.

Jedoch eine der wichtigsten Disproportionen besteht darin, daß dem Vorhandensein von Geld kein Vorhandensein von Waren entspricht. In der Sprache des Geldumlaufs heißt das Inflation. In der Sprache der Planwirtschaft bedeutet es übertriebene Pläne, falsche Verteilung der Kräfte und Mittel, vor allem bei der Herstellung von Bedarfsgegenständen und derjenigen von Produktionsmitteln.

Seitdem sich die Preisverhältnisse gegen die Stadt zu richten begannen, hat sich die letztere dadurch geschützt, daß sie die Waren „bronierte“, das heißt einfach nicht in Umlauf setzte, sondern zum Zweck bürokratischer Verteilung zurückbehielt. Das bedeutete, daß nur der als Geld wahrzunehmende Schatten der Schere sich geschlossen hat, die materielle Disproportion jedoch bestehen blieb. Aber den Bauern interessiert nicht der Schatten. Das Fehlen von Waren drängt ihn und drängt ihn auf den Weg des Brotstreites: Um Geld mag er sein Brot nicht abgeben.

Da sie nicht zu einer Angelegenheit des einfachen und für beide Teile vorteilhaften Austauschs wurde, bleibt die Aufbringung von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen wie früher eine „politische Kampagne“, „ein Feldzug“, der jedesmal die Mobilisierung des staatlichen und des Parteiapparates nötig macht. „Viele Kollektivgüter“, schreibt die „Pravda“ vorsichtig (26. September), „widersetzen sich der Getreideaufbringung, verstecken das Getreide.“ Wir wissen, was in ähnlichem Zusammenhang das Wort „viele“ bedeutet. Wenn der Austausch zwischen Dorf und Stadt vorteilhaft ist, dann kann der Bauer keine Veranlassung haben, sein „Getreide zu verstecken“; wenn aber der Austausch unvorteilhaft ist, das heißt, eine Form von Zwangsenteignung darstellt, so sind alle Kollektivgüter, nicht nur „viele“ bestrebt, ihr Getreide zu verstecken, ebenso, wie auch die Einzelwirtschaften. Den Verpflichtungen der Bauern in Bezug auf die Fleischversorgung ist jetzt offiziell der Charakter einer Naturalsteuer mit allen damit verbundenen Repressalien gegeben worden. Mit diesen Tatsachen werden die Resultate der kompakten Kollektivisierung weit richtiger gekennzeichnet, als mit der dürren Statistik der kollektivierten Hektare.

Die Tatsache, daß gegen die Ausplünderung des sozialistischen Eigentums drakonische Gesetze erlassen werden, charakterisiert zur Genüge die Ausmaße eines Unbestandes, dessen Wesen auf dem Dorfe darin besteht, daß der Bauer bestrebt ist, sein Korn nicht in die sozialistischen, sondern in die kapitalistischen Kanäle zu leiten. Die Preise auf den der Spekulation dienenden Märkten sind genügend hoch, um das strafgesetzliche Risiko zu rechtfertigen. Ein wie großer Teil des Getreides schwimmt auf den Kanälen der Spekulation davon?

Im Wolga-Kaspi Fischertrast nimmt man an, daß bis zu 20 Prozent der Beute auf den privaten Zwischenhandel geleitet wird. „Und wie viel wird in Wirklichkeit dahin geleitet?“ fragt skeptisch die „Pravda“. In der Landwirtschaft muß der Prozentsatz der Abgabe bedeutend höher sein. Und selbst 20 Prozent bedeuten Hunderte von Millionen Pud Getreide. Die Repressalien mögen unvermeidliche Maßnahmen der Selbstbehauptung darstellen. Aber sie ersetzen nicht das wirtschaftliche Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, schaffen kein wirtschaftliches Fundament für die Diktatur des Proletariats und sichern nicht einmal die Getreideaufbringung.

Auf Repressalien allein konnte sich deshalb die Behörde nicht beschränken. Im Kampf um Brot und Rohstoffe sah sie sich gezwungen, der Stadt vorzuschreiben, die Industriewaren in Umlauf zu setzen. Im Lauf der letzten Monate gingen die Massenbedarfsartikel in verstärktem Maße ins Dorf. In den Städten jedoch, besonders in der Provinz, sind die staatlichen und Kooperativläden leer geworden.

Die Bilanz der „Smitschka“ mit dem Dorf in diesem Jahre ist noch nicht gezogen. Aber die Magazine der Städte sind leer. „Wir gaben dem Dorf mehr Waren“, sprach Kaganowitsch am 8. Oktober in Moskau, „und haben, wenn man sich so ausdrücken darf, die Stadt übervorteilt.“ Man kann sich durchaus so ausdrücken: Die Städte und die Industriebezirke wurden übervorteilt, das heißt übervorteilt wurden die Arbeiter“.

Die Bedingungen und Methoden der Planwirtschaft

Welches sind die Organe für die Aufstellung und für die Durchführung des Plans? Welches die Methoden seiner Ueberprüfung und Regulierung? Welches die Bedingungen für seinen Erfolg?

Drei Systeme müssen in diesem Zusammenhang einer kurzen Betrachtung unterzogen werden: 1. Die eigentlichen statistischen Organe, das heißt das hierarchische System der Plankommissionen im Zentrum und an den einzelnen Orten; 2. der Handel, als System der Marktregulierung; 3. die Sowjetbürokratie, als System der lebendigen Einwirkung der Massen auf die Wirtschaftsstruktur.

*) Im Jahre 1929 prophezeite Probrasczenski zur Rechtfertigung seiner Kapitulation, daß die Partei mit Hilfe der Sowjet- und Kollektivgüter im Laufe von zwei Jahren den Kulaken auf die Knie zu zwingen werde. Seitdem sind vier Jahre vergangen. Und nun? Wenn nicht der Kulak — er ist „erledigt“ —, so hat der kräftige Mittelbauer den Sowjetland auf die Knie und dabei zur Uebervertretung der Arbeiter gezwungen. Wie wir sehen, hat sich auf jeden Fall Probrasczenski selbst über Gebühr beeilt, vor der stalinischen Bürokratie auf die Knie zu sinken.

Wenn es einen mit der wissenschaftlichen Phantastik Laplaces ausgezeichneten universalen Verstand gäbe: einen Verstand, der gleichzeitig alle Prozesse der Natur und der Gesellschaft registrierte, die Dynamik ihrer Bewegung ermasse, die Resultate ihrer Wechselwirkung voraussehen würde, — ein solcher Verstand könnte selbstredend a priori einen fehlerlosen und vollendeten Wirtschaftsplan aufstellen, angefangen bei der Anzahl der Hektare Weizen bis herunter zum Westknopf. Es ist wahr, der Bürokrat scheint es nicht selten, daß eben gerade sie einen ähnlichen Verstand besitzt; deshalb begibt sie sich so leicht der Kontrolle des Marktes und der Demokratie der Sowjets. Faktisch unterliegt die Bürokratie mit der Einschätzung ihrer geistigen Hilfsquellen einem schweren Irrtum. Tatsächlich muß sie sich auf die vom kapitalistischen Rußland hinterlassenen Proportionen (mit dem gleichen Recht kann man sagen Disproportionen) stützen; auf die Angaben über die Wirtschaftsstruktur der heutigen kapitalistischen Nationen; endlich auf die Erfahrung der Erfolge und Fehler der Sowjetwirtschaft selbst. Aber selbst die richtige Kombination aller dieser Elemente kann nur erlauben, ein äußerst unvollständiges Drahtgerüst des Plans aufzurichten, und nicht mehr.

Die zahllosen lebendigen Teilnehmer an der Wirtschaft, die staatlichen und privaten, die kollektiven und einzelnen, müssen ihre Bedürfnisse und ihre relative Leistungsfähigkeit nicht nur auf dem Weg über die statistischen Berechnungen anmelden, sondern auch durch den unmittelbaren Druck von Angebot und Nachfrage. Der Plan wird auf dem Weg über den Markt überprüft und, in erheblichem Maße, verwirklicht. Die Regulierung des Marktes selbst muß sich auf die durch ihn zum Ausdruck kommenden Tendenzen stützen. Die in den Kanzleien aufgestellten Vorausbestimmungen müssen ihre wirtschaftliche Zweckmäßigkeit auf dem Wege über die kaufmännische Kalkulation nachweisen. Das System der Uebergangswirtschaft ist ohne Kontrolle durch den Rubel undenkbar. Das setzt seinerseits voraus, daß der Rubel sich selbst gleich ist. Ohne eine feste Geldeinheit ist die kaufmännische Berechnung nur geeignet, das Chaos zu vermehren.

Die Prozesse des wirtschaftlichen Aufbaues gehen vorläufig noch nicht in einer klassenlosen Gesellschaft vor sich. Die Fragen der Verteilung des nationalen Einkommens stellen die zentrale Achse des Plans dar. Diese letztere verändert ihre Lage unter der unmittelbaren Einwirkung des Kampfes der Klassen und der sozialen Gruppen, darunter auch der verschiedenen Schichten des Proletariats selbst. Die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Fragen: das Bündnis zwischen Stadt und Dorf, das heißt die Bilanz, was die Industrie von der Landwirtschaft erhält und was sie ihr gibt; die Wechselbeziehungen zwischen Akkumulation und Verbrauch, zwischen dem Fonds für den Aufbau und für den Arbeitslohn; die Regelung der Bezahlung für die verschiedenen Arbeitskategorien (die gelernten und ungelernen Arbeiter, die Angestellten, die Spezialisten, die leitende Bürokratie); endlich die Verteilung des auf das Dorf entfallenden Anteils am nationalen Einkommen zwischen den verschiedenen Schichten der Bauernschaft —, alle diese Fragen lassen ihrem eigenen Wesen nach keine a priori getroffenen Entscheidungen einer Bürokratie zu, die sich gegen die Einmischung der Interessierten Millionen abschließt.

Der Kampf der Lebensinteressen als Grundfaktor der Planung führt uns in das Reich der Politik, die eine konzentrierte Oekonomie ist. Als Instrumente der sozialen Gruppen der Sowjetgesellschaft erscheinen (sollen erscheinen): Die Sowjets, die Gewerkschaften, die Kooperativen und vor allem die herrschende Partei. Nur durch die Wechselwirkung der drei Elemente: der staatlichen Planwirtschaft, des Marktes und der sowjetischen Demokratie ist eine richtige Leitung der Wirtschaft der Uebergangszeit durchzuführen und zu sichern — nicht die volle Ueberwindung der Widersprüche und Disproportionen in einigen Jahren (das ist eine Utopie!), aber ihre Milderung und eben damit die Festigung der materiellen Basis der proletarischen Diktatur bis zu dem Moment, in dem eine neue siegreiche Revolution den Schauplatz der sozialistischen Planwirtschaft erweitert und ihr System umbaut.

(Fortsetzung folgt.)

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Donnerstag um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Sekretariat, Sigmundstadt 1, im Hofe, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung:

Hitler, Hugenberg und das Proletariat.

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Graz

Kolporteur

werden gesucht. Zu melden im Sekretariat des „Mahnruf“, Sigmundstadt 1, im Hofe, von 4 bis 6 Uhr nachm.

Achtung! Auskünfte

Über alle die Arbeiterschaft betreffenden Fragen, Rechtsauskünfte für Arbeitslose (Schreiben von Gesuchen usw.), Entgegennahme von Arbeiterkorrespondenzen, Beratung in gewerkschaftlichen Fragen finden statt an Wochentagen von 4 bis 6 Uhr nachmittags im Sekretariat, Sigmundstadt 1 im Hofe (Speiseaal). Einzahlungen von Abonnements und Mitgliedsbeiträgen werden ebenfalls entgegengenommen.

Das Proletariat und das Plebiszit vom 5. März

Es wird nur wenige Arbeiter geben, die sich nicht darüber im klaren sind, daß die Wahlen vom 5. März nichts anderes sind, als eine — mit den Mitteln des Terrors — durchgeführte Volksabstimmung des monarchistisch-faschistischen Blocks. Dieser Block will die offene Diktatur, die er bereits ausübt, „demokratisch“ maskieren, er will zeigen, daß er sich bei seinen terroristischen Maßnahmen gegen das Deutschland der Arbeiterklasse auf eine „Mehrheit des Volkes“ stützt.

Diese „demokratische“ Maskierung hat für die Konterrevolution eine außerordentliche taktische Bedeutung. Gestützt auf eine solche Mehrheit könnte sie offene, staatsrechtlich-mäßige Aktionen „legalisieren“. Nicht nur das demokratische Teile der Arbeiterklasse wären in einem solchen Falle viel weniger zum Widerstand bereit, als wenn sie wissen, daß neben ihnen nicht nur das revolutionäre Proletariat steht, sondern daß sie sich im Kampf gegen den Faschismus auf eine sichtbare Mehrheit des Volkes stützen.

Das allein bedeutet, daß die gesamte Arbeiterklasse das größte Interesse daran hat, die eigenen Kräfte und die mit ihr sympathisierenden Teile der Mittelschichten zu einer klaren, eindeutigen Demonstration gegen den Faschismus am 5. März zu führen, zu zeigen, daß sie bei ihren außerparlamentarischen Aktionen im Einverständnis mit der Mehrheit des Volkes handelt. Besitzen die plebiszitären Wahlen vom 5. März auch nicht den geringsten selbständigen Charakter, bedeuten sie keine Entscheidung im Ringen zwischen Proletariat und Faschismus, so sind sie von großem Wert für den Aufmarsch der Klassenkräfte, der jetzt in vollem Gange ist. Der Sieger beim Plebiszit wird diesen Sieg als ein starkes, moralisches Gewicht im außerparlamentarischen Kampf verwenden. Daß diese Wahlen mit Reichstagswahlen nur soviel zu tun haben wie die Totenmesse mit einem Lebenden — mit der Totenmesse befehlt man Tote nicht, sondern beerdigt sie —, das ist wohl allgemein klar.

Ohne die geringsten parlamentarischen Illusionen muß das deutsche Proletariat das Plebiszit in eine klare Demonstration gegen den Faschismus verwandeln. Um dieses Ziel zu erreichen, muß das Proletariat seine ganzen außerparlamentarischen Kräfte einsetzen, damit es Pilsudsky-Wahlen verhindert. Das Ergebnis des 5. März wird zeigen, in welchem Maße es das Proletariat bereits verstanden hat, den Terror

des Faschismus abzuwehren. Diese Abwehr erfordert enge Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD zwecks Sicherung der Wahlen, gemeinsamen Massenschutz im Wahlkampf, der Abstimmung selbst und Abwehrbereitschaft gegen eine verstärkte faschistische Terroroffensive, die die unmittelbare Antwort darauf sein wird, wenn die Mehrheit am 5. März gegen den Faschismus demonstriert hat.

Was aber für den Fall, daß unmittelbar vor den Wahlen die KPD verboten wird, ihre Listen für ungültig erklärt werden und damit 6 Millionen deutschen Arbeitern das Stimmrecht geraubt wird? Bekanntlich hält das ZK der KPD gerade das für wahrscheinlich. Was dann?

Wenn ein solcher Schlag gegen die KPD durchgeführt wird, so bedeutet das, daß zu derselben Stunde, wie dieses Verbot ausgesprochen wird, das Plebiszit am 5. März bereits entschieden ist, entschieden zugunsten des Faschismus, denn die überwältigende Mehrheit der KPD-Wähler wird selbstverständlich nicht diesen Schlag damit quittieren, daß sie die SPD wählt.

Jede Beteiligung der SPD an solchen „Wahlen“ würde nicht nur den Ausgang des Plebiszits nicht ändern, sondern nur dem Faschismus gestatten, diese blutige Komödie als „echte“ Wahlen zu verfälschen — mit Berufung auf die Beteiligung der SPD.

Würde die SPD versuchen, sich nicht nur zu beteiligen, sondern die Kommunisten zu überreden, sich „ihrem Schicksal zu fügen“ und nunmehr SPD zu wählen, sie würde damit die Erbitterung der kommunistischen Massen auf den Höhepunkt treiben und jede außerparlamentarische Einheitfront zerschlagen.

Es kann daher für eine Partei, die den Kampf gegen den Faschismus will, gegenüber solchen Wahlen keine andere Position geben, als den schärfsten Boykott. Dieser Boykott, durchgeführt von den Millionen Arbeitern der KPD und SPD, wäre ein machtvolles Sturmzeichen, eine ungeheure Massendemonstration dafür daß die gesamte Proletariat es ablehnt, sich als Gefangener in ein faschistisches Parlament führen zu lassen, daß es die parlamentarische Tribüne verläßt, um sie mit der außerparlamentarischen Kampfarena zu vertauschen. Wenn die KPD verboten wird, wenn ihren 6 Millionen Anhängern das Stimmrecht geraubt wird, dann ist das Gebot der Einheitfront: Massenkampf gegen das Verbot und Boykott der Faschisten-Wahlen!

auch jetzt hat das ZK den Mut, abzuleugnen, daß es Schritt für Schritt seine „Generallinie“ preisgibt, preisgeben muß. Zwar lehrte uns Lenin:

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eins der wichtigsten und zuverlässigsten Kriterien dafür, ob die Partei ernst zu nehmen ist, und ob sie durch Taten ihre Verpflichtungen ihrer Klasse gegenüber und den werktätigen Massen gegenüber erfüllt. Offen den Fehler anerkennen, die Umstände durchanalysieren, die ihn erzeugt haben, aufmerksam die Mittel zur Verbesserung des Fehlers beraten — das ist das Kennzeichen für eine ernste Partei, das ist die Erfüllung ihrer Pflichten, das ist Erziehung und Belehrung der Klasse, dann aber auch der Masse.“ (Lenins Ges. Werke, Bd. XVII., S. 147, russ. Ausgabe.)

Aber diese Leninsche Lehre über das Verhalten der Partei zu ihren Fehlern gilt ja heute nicht mehr in der Komintern, am allerwenigsten in der KPD. Uns hat ja der liebe Gott ein unfehlbares „bolschewistisches“ ZK geschenkt, „mit dem Genossen Thalmann an der Spitze“. Darum brauchen wir ja auch keinen Parteitag mehr. Das kann uns aber nicht hindern, einige der jetzt unangenehm werdenden Punkte der zentralistischen Theorie der Partei vor Augen zu führen.

Die Sozialdemokratie — die Massenbasis des Faschismus.

Auf dem 11. Ekki-Plenum 1931 führte Manuisky über die Sozialdemokratie aus:

„Ihre Hauptfunktion ist es, eine Massenbasis für den Faschismus zu schaffen...“ („Inprekorr.“, 29. V. 1931.)

Jetzt, wo selbst die blutigsten Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie, Noske und Zörgiebel, von Hitler-Papen aus ihren Ämtern verjagt wurden und die Schläge des faschistischen Terrors hagelgleich auch auf die SPD niederkrausen, wird auch das einfachste, ungeschulte Parteimitglied erkennen, wie unsinnig diese Theorie ist.

Hitler muß ran, damit er abwirtschaftet!

Im Oktober 1931 hielt Remmele seine berüchtigte Rede im Reichstag, in der er ausführte:

„Wenn sie (die Nazis) erst einmal an der Macht sind, wird die Einheitsfront des Proletariats zustandekommen und wird alles hinwegfegen... Sie werden rascher abgewirtschaftet haben, als jede andere Regierung.“ („R. F.“, 16. X. 31.)

Jetzt wirft das ZK diese Theorie des „Abwirtschaftens“ mit Recht der SPD vor, ohne zu sagen, daß es sie selbst 1931 vertreten hat.

Einheitsfront mit der SPD ist konterrevolutionär.

Wir greifen aus der Fülle der Zitate eines von Münzenberg heraus: erstens, weil es besonders kurz und klar ist, und zweitens, weil Münzenberg jetzt für die „Einheitsfront von oben“ herummanövriert.

Vor weniger als einem Jahr aber schrieb Münzenberg zu Trotzki's Vorschlag eines Kampfbündnisses zwischen KPD und SPD:

„Das ist die Theorie eines völlig verorenen und konterrevolutionären Faschisten.“ („Roter Aufbau“, Heft 4, 1932.)

Das, Genossen, sind die Führer unserer Partei, mit solchen herrlichen Ideen bewaffnet, haben sie unsere Partei so herrlichen Zeiten entgegengeführt!

Wie man den Kampf um die Einheitsfront nicht führen kann

1. Die SAP organisiert einen proletarischen Volksentscheid.

Die Führer der SAP glauben ein Rezept gefunden zu haben, wie sie den konservativen Widerstand des ZK der KPD und die klägliche Furcht des PV der SPD vor der proletarischen Einheitsfront brechen können: sie rufen zur Sammlung von Unterschriften für die Idee der Einheitsfront auf. Die großen Strategen der SAP meinen wohl, daß sie mit 50.000 bis 100.000 Unterschriften etwas anrichten werden, sie meinen wirklich, daß ihnen der Faschismus noch genügend Zeit gibt, um eine solche Kampagne durchzuführen und sie selbsten allem Ernstes anzunehmen, daß die Arbeiter, die auf solchen Wunschkarten ihre Unterschrift geben, damit schon aktiv in den Kampf für die proletarische Einheitsfront hineingezogen werden.

Die Führer der SAP zeigen mit dieser neuen Aktion von neuem, wie tief in ihnen das kleinbürgerlich-demokratische Denken noch wurzelt, wie schwer es ihnen fällt, die Schritte zu begreifen, auf die es gegenwärtig ankunmt. Die SAP ist eine kleine Partei. Sie hat heute in Berlin sicherlich weniger als 1000 zahlende Mitglieder; das heißt, sie ist als Partei ein Nichts, sie könnte aber eine Kraft sein, wenn sie einen politisch richtig geführten Kader darstellen würde.

Die SAP ist von den Massen im allgemeinen, von den politisch organisierten Arbeitermassen im besonderen isoliert. Das gilt vor allem von den großen Arbeiterstädten Deutschlands.

Dennoch könnte die SAP im gegenwärtigen Augenblick eine positive Rolle spielen, würde sie ihre schwachen Kräfte auf kleine, aber revolutionäre, konkrete Ziele konzentrieren und sich nicht in einer rein dekorativen Politik der Gesten erschöpfen.

Wir wollen den Genossen der SAP dies an einem einzigen Beispiel zeigen: Gegenwärtig bahnt sich, zögernd, voller Mißtrauen, aber dennoch sichtbar, die Einheitsfront zwischen KPD und SPD an. Auf beiden Seiten, d. h. bei beiden Führungen wirken bis tief hinein in die bezirklichen Apparate Gegentendenzen mit, Tendenzen, die ein Nichtzustandekommen der Einheitsfront lieber sehen würden, als ein Gelingen. Die bürokratischen Apparate schwanken zwischen der Furcht vor dem Zusammenbruch ihres Prestiges und der Erkenntnis, daß ohne Einheitsfront die Arbeiterbewegung eine verheerende Niederlage erleiden wird.

Dieses Schwanken ist noch nicht abgeschlossen und es ist im Augenblick noch nicht abzusehen, ob der Druck der Arbeiterklasse und die vorwärtstreibende Kritik der Opposition sowohl in der KPD wie auch in der SPD ausreichen wird, um die rechtzeitige Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront zu erzwingen.

In dieser Situation erwachsen den wirklichen Vorkämpfern der proletarischen Einheitsfront entscheidende Aufgaben. Sie können von unten her weitgehend dazu beitragen, den bürokratischen Spitzen einzubeugen. An zahlreichen Punkten in Berlin sind z. B. die SPD-Abteilungen und KPD-Zellen bereits in Führung getreten, manche Fühlungnahme zerschlug sich, manche besteht noch, manche neue bahnt sich an.

Wir sind der Meinung, daß in einer solchen Situation alle jene Arbeitergruppen, die SAP eingeschlossen, die

die Notwendigkeit der Einheitsfront bereits erkannt haben, sich verständigen müssen, um mit gemeinsamen Kräften KPD- und SPD-Organisationen zu einer Einheitsfront in den Bezirken und Betrieben zu bringen. Solche, nennen wir sie Kampfgruppen für die Einheitsfront, könnten jetzt den Prozeß der Annäherung zwischen SPD und KPD beschleunigen, sie könnten eine teilweise Einheitsfront unten zustandebringen, wenn die Führungen wirklich noch weiter die Einheitsfront sabotieren. Das sind kleine, konkrete, in ihrer Wirkung aber eminent revolutionäre Aufgaben. Gelingt es, sie an zehn, an zwanzig Stellen in Berlin zu verwirklichen, so ist tausendmal mehr erreicht, als wenn man einer Illusion nachläßt: der Illusion von 1931/32, daß SAP, Brandiergruppe, Leninbund usw. bereits die Einheitsfront wären, der sich KPD und SPD anschließen müßten, und die Illusion der SAP von 1933 mit einer proletarischen Volksabstimmung zur Einheitsfront zu kommen.

2. Der „ISK“ propagiert gemeinsame Kandidatenlisten zwischen SPD und KPD.

Der Internationale Sozialistische Kampfbund hat einen „dringenden Appell“ erlassen, KPD und SPD mögen endlich die Einheitsfront bilden und zum Zeichen ihrer Bereitschaft gemeinsame Kandidatenlisten aufstellen. Sein Anruf, den er auch aus zur Unterschrift vorlegte, wurde auch von SAP-Mitgliedern wie August Siensen und SPD-Leuten wie Erich Zeigner und einigen Intellektuellen unterzeichnet.

Wir haben diesen Vorschlag auf Scharfste abgelehnt und den Genossen des „ISK“ u. a. geschrieben:

Jeder kommunistische Arbeiter wird mit Recht die Zumutung, gemeinsame Listen mit der SPD aufzustellen, weit von sich weisen. Er hat in der Schule von Marx und Lenin gelernt, daß eine revolutionäre Partei gerade bei Wahlen ihr Gesicht nicht verhüllen darf, daß sie ihr und nur ihr Programm propagieren kann und daß sie mit aller Klarheit und Schärfe aufzeigen muß, was sie von allen anderen Parteien und jeder einzelnen trennt. Die Idee gemeinsamer Listen ist nicht eine Idee der Einheitsfront, sondern eine Idee der Prinzipienlosigkeit...“

Wir weisen in unserem Brief darauf hin, daß solche Vorschläge, die wirkliche, kämpfende Einheitsfront, das außerparlamentarische Kampfbündnis zwischen KPD und SPD, nur kompromittieren und das Mißtrauen der kommunistischen Arbeiter gegen die Idee der Einheitsfront verstärken, weil sie meinen, daß hinter jeder Einheitsfront mit der SPD eine Verwischung der Selbständigkeit der KPD stehe.

Die zentralistische Theorie in Scherben

Stück für Stück bricht das Kartenhaus der zentralistischen Theorie zusammen. Drei Jahre lang hat das ZK unsere Anhänger gehetzt, gejagt, ausgeschlossen und zur physischen Gewaltanwendung gegen uns aufgerufen.

Und jetzt? Jetzt bricht das letzte Stück zusammen: die Ablehnung der Einheitsfront von oben! Jetzt beginnt das ZK bereits Verhandlungen mit den Führern der SPD; vor zwei Wochen noch war das konterrevolutionäre! Aber

Hochverrat

Die letzte Nummer des „Mahrur“ wurde wegen des Verbrechens des Hochverrats konfisziert und Gen. Daniel als verantwortlicher Redakteur verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert. Gegenstand dieser, sagen wir es gleich heraus, halloosen Konfiskation und Verfolgung des Genossen Daniel war der Artikel „Was tun?“, der, wie es im Beschlagnahmestempel heißt: „in den Stellen „Was tun?“ (Titel S. 3/1) bis ... seid zum Sterben und Siegen bereit“ (Seite 3/3) geeignet erscheint, den Tatbestand des Verbrechens nach §§ 58 b, c), 59 c) Stg. zu begründen.“

Es wäre müßig, darüber zu polemisieren, daß diese Beschlagnahme juristisch absolut nicht zu rechtfertigen ist. Wir leben eben in einer Zeit der offenkundigen Verfolgung der Gesinnung, der willkürlichen Knebelung der einst — lang, lang ist es her — vom Bürgertum proklamierten Freiheit des Denkens, der Presse und der politischen Gesinnung. Wir Kommunisten haben uns nie eine Illusion über den begrenzten und bedingten Charakter der bürgerlichen „Freiheit“ gemacht, wir sind es, die ihren Klassencharakter rückhaltlos erfüllen und die sozialdemokratischen Propheten Otto Bauer, Renner u. Co., die den Klassenkampf des Proletariats in die von der Bourgeoisie geflochtenen Fesseln legen wollen, anklagen, als Schrittmacher der Reaktion und des Faschismus, als Lakaien der Bourgeoisie und des Verrates der proletarischen Revolution, weil sie mit ihrer staatsbehaltenden, opportunistischen und im parlamentarischen Kretinismus verwurzelten Politik und Ideologie das Proletariat dem Verderben ausliefern, statt es auf die revolutionäre Höhe des Führers aller werktätigen Volksschichten gegen das der Barbarei verfallende System des Kapitalismus zu führen. Die Niederschlagung der proletarischen Revolution im Jahre 1918—19 durch den aktiven und passiven Widerstand der SP-Führer, ihre bedingungslose Staatsbejahung, Koalitions- und Tolerierungspolitik, ihr Kapitalentum vor dem Säbelraseln der Konterrevolution, ihre Hindenburg- und Rothschildpolitik haben die nach links blickenden Schichten des Bauern- und Kleinbürgertums auf das bitterste enttäuscht und breite indifferente proletarische Schichten mitreifend, in die Armee der Konterrevolution, des Faschismus getrieben.

Einem Polypen, dem Meeresungeheuer gleichend, legt die Konterrevolution, die 1918—19 durch die Hilfe der SP-Führer verschont blieb, ja von diesen gegen die Arbeiter unter Waffen gerufen wurde (Noske), ihre abscheulichen Fangarme um das Proletariat, um seine Organisationen und Rechte, seine Freiheiten und seine Macht zu zerschmettern. Noch ist die letzte Schlacht nicht geschlagen, noch ist das Proletariat nicht besiegt. Vieles ist schon verloren, alles ist bedroht, aber alles ist noch zu gewinnen.

Mit tödlicher Angst verfolgt die Reaktion alle revolutionären Regungen im Proletariat. Mit Argusaugen blickt sie auf die revolutionären Ideologien, die dem Proletariat den Weg aus dem Chaos weisen, in die sie die bürgerlich verhassten SP-Führer und die zentristisch entartete Stabbürokratie der Komintern geführt haben. Den Klärungsprozeß im Proletariat zu unterbinden, die sich in den proletarischen Zentren bildende revolutionäre Einheitsfront zu vereiteln, ist das Bestreben des herrschenden Regimes. Daher die wiederholten Konfiskationen der revolutionären Presse.

Als Hochverrat dünkt dem herrschenden Kurs die Bloßlegung der Sprünge und Risse im Lager der Bourgeoisie, die Enthüllung des Regierungskurses und der Pläne der schwarz-gelben Hahnenschwanzfaschisten.

Als Hochverrat wird verfolgt die Aufrollung der proletarischen Klasseninteressen, die Forderung nach der proletarischen Hegemonie*) im revolutionären Kampf der werktätigen Volksmassen gegen das faule und morsche System des Kapitalismus.

Als Hochverrat verfolgt man die Forderung zur Organisation des Massenkampfes für Arbeit und Brot, die Forderung nach der proletarischen Kampfeinheitsfront gegen den drohenden Faschismus.

Mit jeder Hochverratsanklage unterhöhlt die bürgerliche „Ordnung“ ihren morschen Bau, untergräbt sie ihre Symbole. Der revolutionäre Marxismus ist nicht zu unterdrücken, am allergeringsten mit Verfolgungen und Willkür. Sie geben ihm nur neue Kraft, neue Impulse, neue Bestätigung für seine Unüberwindlichkeit. Das Proletariat leitet seine Revolution ebenso von ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen ab, wie die Bourgeoisie ihre Revolution davon abgeleitet hat.

„Sie hat“, schrieb Friedrich Engels in seinem Antidöring-Werk 1878, „also zur Voraussetzung einen Höhergrad der Entwicklung der Produktion, auf dem Aneignung der Produktionsmittel und Produkte, und damit der politischen Herrschaft, des Monopols der Bildung und der geistigen Leitung durch eine besondere Gesellschaftsklasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist. Dieser Punkt ist jetzt erreicht. Ist der politische und intellektuelle Bankrott der Bourgeoisie ihr selbst kaum ein Geheimnis, so wiederholt sich ihr ökonomischer Bankrott regelmäßig alle zehn Jahre. In jeder Krise erstirbt die Gesellschaft unter der Wucht ihrer eigenen, für sie unbenutzbaren Produktionskräfte und Produkte und steht hilflos vor dem absurden Widerspruch, daß die Produzenten nichts zu konsumieren haben, weil es an Konsumenten fehlt. Die Expansionskraft**) der Produktionsmittel sprengt die Bande, die ihr die kapitalistische Produktionsweise anlegt. Ihre Befreiung aus diesen Banden ist die einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher vorschreitenden Entwicklung der Produktionskräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst. Damit nicht genug. Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel beseitigt nicht nur die jetzt bestehende künstliche Hemmung der Produktion, sondern auch die positive Vergeudung und Verheerung von Produktivkräften und Produkten, die gegenwärtig die unvermeidliche Begleiterin der Produktion ist und ihren Höhepunkt in den Krisen erreicht. Sie setzt ferner eine Masse von Produktionsmitteln und Produkten für die Gesamtheit frei durch Beseitigung der blödsinnigen Luxusverschwendung der jetzt herrschenden Klassen und ihrer politischen Repräsentanten. Die Möglichkeit, vermittelt der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsmitgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Befähigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum erstenmal da, aber sie ist da!“

Diese prophetischen Worte Engels klingen, als wären sie unter der Wucht jenes gigantischen Vernichtungswerk des Kapitalismus geschrieben, das wir heute erleben. Das Proletariat hat schon zu lange gezögert, die Möglichkeit der Abwehr gegen die anstehende Konterrevolution zu ergreifen, es ließ, verführt von der Sozialdemokratie, schlecht geführt von der Stalinschen Kominternführung, dem Kapitalismus Zeit, seine faschistischen Landknechte als letzte Wehr, zur Vernichtung der Arbeiterbewegung loszulassen. Arbeiter, es ist schon spät, aber noch nicht zu spät, um sich des drohenden Faschismus zu erwehren.

*) Hegemonie des Proletariats, die Führerrolle der Arbeiterklasse in ihrem Kampfbündnis mit der Bauernschaft und dem Kleinbürgertum.
**) Expansionskraft = Ausdehnungskraft.

Unverbesserlich!

Zelten, wie die gegenwärtigen, prüfen und wägen Gruppen und Menschen. Revolutionäre wachsen mit den Aufgaben, die ihnen gestellt sind; nichtrevolutionäre, verbrauchte Kräfte verharren auch im größten sozialen und politischen Sturm auf demselben Platz, und hängen ihren Nebengewordenen Reminiszzenzen aus der Vergangenheit nach. Ausdruck dieser Unfruchtbarkeit und des ewigen Gebrüllens ist die Polonik, die jetzt Frey von neuem gegen uns beginnt. Kein einziges politisches Argument — nur Worte tödlichen persönlichen Hasses; als ob wir Sozialist daran hätten, daß wir Frey vor einem halben Jahrzehnt rechts liegen lassen mußten, als er es nicht vorstand, Marxismus von Opportunismus zu unterscheiden. Wir sind Frey über seine wilden Flüche nicht böse; wir registrieren sie nur als ein trauriges Symptom jenes grenzenlosen Subjektivismus, der Frey politisch zur Unfruchtbarkeit verurteilt.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Strieckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksopposition.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Favoritstraße 52 b.

Ist der Gegensatz Hugenberg-Hitler ein Element der Schwächung des Faschismus?

Große Teile der bürgerlichen und SPD-Presse behaupten dies. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. In dem faschistisch-monarchistischen Block haben ausschlaggebende Teile des deutschen Monopolkapitals keine direkte Vertretung. Sie sehen voller Unruhe, wie die Wirtschaftsdiktator Hugenbergs darauf hinausläuft, die Interessen des bankrotten Teils der deutschen Industrie — der Schwerindustrie — und des ebenso bankrotten Großgrundbesitzes mit allen Mitteln durchzudrücken, unter Hintansetzung der Interessen der IG-Farben, der chemischen, Elektroindustrie, der Fertigwarenindustrie usw. Daher die kritische Einstellung selbst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der Deutschen Volkspartei, deren Abgeordnete bereits im Ueberwachungsausschuß des Reichstages verprügelt wurden. Autarkie und Inflation sind zwar gut für die Schwerindustrie und den Großgrundbesitz, weil beide nicht konkurrenzfähig und überschuldet sind, aber die auf den Weltmarkt gerichteten Industriezweige wollen weder von der Autarkie, die ihnen den Absatz nimmt, noch von der Inflation etwas wissen.

Diese sehr entscheidenden Teile des deutschen Kapitalismus, die über mächtige ökonomische Kommandogewalt verfügen, sind bestrebt, den Einfluß der Deutschnationalen im konterrevolutionären Block zurückzudrängen. Sie würden einen Block der Nazis mit dem Zentrum vorziehen; aber die Deutschnationalen denken nicht im Traum daran, ihre politischen Machtpositionen zu räumen. Das Zentrum wieder

muß auf seinen Arbeiteranhang Rücksicht nehmen und es verlangt größere Konzessionen, wenn es mit den Nazis einen Block schließen soll.

Die Nazis selbst streben mit aller Macht ihrer politischen Alleinherrschaft zu, weil nur das absolute politische Monopol, die Vernichtung jeder anderen politischen Organisation, ihre Herrschaft verlängern kann; denn jede andere politische Partei muß zu einem Reservoir der von den Nazis enttäuschten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Massen werden und damit zu einem politischen Gegner der Nazis.

Je mehr die Nazis sehen werden, wie schwer sie die Hugenbergsche Politik bei den Massen befestigt, um so stärker wird ihr Verlangen, Hugenberg zu erledigen, mit den gleichgerichteten Bestrebungen jenes Teils der Industrie zusammenzutreffen. Der jetzt die Opposition gegen Hugenberg ankündigt. Ohne selbständige politische Partei wird die „oppositionelle Industrie“ gerade durch ihre ökonomischen Interessen gezwungen sein, den Faschismus zur Aufrichtung seiner politischen Alleinherrschaft vorwärtszutreiben, weil sie keinen anderen politischen Weg sieht, die Hegemonie des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie zu brechen.

Diese Dialektik ist den Philistern in der deutschen Arbeiterbewegung fremd; sie meinen, logischerweise müßte doch die „oppositionelle Industrie“ sich gegen den faschistisch-monarchistischen Block wenden und sich nach einer Koalition mit der SPD zurückziehen!! Spectator.

Graz

Grazer Arbeiter

Demonstrieren gegen den Faschismus

In einer gewaltigen Kundgebung gegen Faschismus ist die SP-Arbeitergasse mit den Kommunisten in Wien marschiert 200.000 Proleten haben ihre festen Willen kund gegeben die Naz in einheitsvoller Front zu kämpfen. Schutzbündler, SP und KP Genossen, bereit auch in Graz in ganz Steiermark Einheitsfront-Demonstrationen vor! Sozialdemokratische Genossen, Schutzbündler, Gewerkschaftler, Feindesfront in allen proletarischen Organisationen, von eurer Führung, die Vorbereitung einer Massen-Kundgebung gegen „Faschismus u. d. Not“, für „Arbeit und Brot“!

Die Grazer Arbeiterschaft muß der Reaktion der Nazis und Heimwehfaschisten zeigen, daß das Proletariat zum Kampf entschlossen ist.

Strafens Raubzug gegen die Grazer Straßenbahner

Die Niederlage der Straßenbahner im Streik 1928 hat der Grazer Tramwaygesellschaft die Tora geöffnet, um Raub auf Raub, Verschlechterungen auf Verschlechterungen durchzuführen, ohne einen „menschlichen Widerstand“ von seiten der Angestellten. Es folgten in der Reihe nach Abbau auf Abbau, Lohnkürzungen, Erweiterungen des Dienstes auf 9 Stunden täglich usw.

Die Personalvertretung, die in Händen der Freien Gewerkschaft war, wurde aufgelöst. Bisher konnte der Gesellschaft alles gelingen, dank der christlichen und gelben Gewerkschaft, die alles tun, was die Direktion fordert. Die Gesellschaft hat 200 Angestellte mit unter 10 Dienstjahren gekündigt, um die Annahme ihres neuerlichen Lohnraubes zu sichern. Mit der Hungerpeitsche erpreßt das Kapital Lohnraub, denn das Antilohngesetz richtet sich nur gegen die Arbeiter. So ist die Sprache Straffas und Co. Die Einführung der Individualverträge soll der Gesellschaft ermöglichen, die Löhne zu bestimmen, wie sie will, und die bisher bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beseitigen. Der Monatslohn soll künftig, wenn alle unterschrieben haben, 180 Schilling ausmachen. Das ist für viele ein Lohnraub von 40 bis 50 Schilling im Monat. Außerdem sollen die Angestellten mit den Unternehmerbeiträgen für die Pensions- und Krankenkasse belastet werden. Das ist wohl der Höhepunkt von Unternehmervillkür. Die 9 Dienststunden täglich, für die bisher 90 Groschen von der Gesellschaft bezahlt wurde, was monatlich ein Einkommen von zirka S. 23.— ergibt, soll ebenfalls in die S. 180.— eingerechnet werden. Auch die Personalkarten sollen gestrichelt werden. Das ergebe Abzüge von 70 bis 80 Schilling und ein Monatsinkommen von faktisch nur 110 bis 120 Schilling.

Straßenbahner, stellt euch dieser unerhörten Erpressung entgegen, tretet der Freien Gewerkschaft bei und organisiert eine revolutionäre innergewerkschaftliche Opposition! Führt den schärfsten Kampf gegen die christlichen und gelben Gewerkschaften, sorgt aber auch dafür, daß es kein 1928 wird, es gilt jetzt alle Kräfte zu mobilisieren, daß dieser Raubzug der Straffas-Gesellschaft zu schanden wird!

Keine Unterschriften für die erpresserischen Schandverträge. Organisiert den Abwehrkampf!

Grazer Arbeitslose, gebt acht

Es sind noch viele Arbeitslose, die noch nicht ihr Ansuchen um Verlängerung der Unterstützung bei ihrem Schalter (Arbeitsamt Graz) angesucht haben, führt dies sofort durch. Seid alle auf der Hut, den man will im Monat Februar, März Hunderte ausstauern. Die 28. Novelle verhindert eine automatische Verlängerung, man will in schlaue Art auch loswerden, indem man jeden einzelnen vornimmt und ihm einen Beschluß (Totenschein) zusendet, in Ruhe, in aller Stille sollen Hunderte ausgemertert werden. Diese Herren rechnen damit, wenn man die Ausstenerungen einzeln durchführt, ist die Gefahr der Gegenwehr, wie sie die Arbeitslosen in Steyr organisiert haben, nicht so groß. Arbeitslose, seid auf der Hut! Organisiert den Abwehrkampf gegen die Verschlechterungen und gegen die Hinrichtlinien! Laßt euch nicht noch länger freiwillig in die Hungertürme des Kapitalismus sperren! Ein Arbeitsloser.

Autodemonstration in Graz

Am Montag vormittags führen die Autounternehmer, Taxi, Autobus und Lastwagen auf zur Demonstration. Sie blockierten die innere Stadt. Die Polizei versuchte die Aufsahrt zu verhindern und ging dabei mit Gummiknüdel vor. Am Jakominiplatz versuchte die Polizei mit einem starken Kordon die Aufsahrt zu verhindern. Es gelang den Demonstranten, durch Blockade der Radetzkystraße den Verkehr zum Jakominiplatz abzuriegeln. Die Polizisten schaffte die Autos weg und zwang abwesende Chauffeurs wegzufahren; dabei wurden auch mehrere Verhaftungen vorgenommen. Es sammelte sich eine große Menschenmenge an, die die Polizei auseinandertreibt. Während dieser Zeit tagte in den Steinfelder-Sälen eine Demonstrationssammlung der Transportunternehmer, an der 700 — 800 Personen teilgenommen haben. Der Haupttrampf war der Kampf des Heimwehführers Horak gegen die Krankenkasse und gegen die Sozialversicherung, also gegen die Arbeiter.

Richtlinien für die Gewährung der Notstandshilfe:

Zu Punkt III. Der Kreis der Personen, die im Sinne des Artikel VI, Absatz 2 der 28. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz einer Ueberprüfung zum Zwecke der allfälligen Wiederaufnahme in die Notstandshilfe unterzogen werden sollen, wurde mit dem Erlaß vom 6. September 1932, Z. 70050, umschrieben. (Unter diese Bestimmung fallen jene Arbeitslosen, die nach dem 1. Jänner 1932 ausgesteuert wurden und ab 1. September 1932 wieder in die Unterstützung einbezogen werden mußten. Anm. der Red.) Es wurde dort zum Ausdruck gebracht, daß diese Arbeitslosen im Falle der Wiederaufnahme in die Unterstützung eine NA III erhalten sollen. Ergänzend zu diesem Erlaß wird bemerkt, daß die für die Ueberprüfung geltenden Bestimmungen auf Arbeitslose nicht anzuwenden sind, die seit dem 1. Jänner nicht endgültig, sondern nur vorübergehend aus dem Bezuge der Notstandshilfe ausgeschieden worden sind, sei es, daß ihnen wegen der saisonmäßigen Besserung des Arbeitsmarktes zeitweilig die Notstandshilfe eingestellt, sei es, daß mangels der besonderen Notlage die Notstandshilfe zeitweilig nicht gegeben wurde und sie nach den bisher geltenden Richtlinien der Industriellen Bezirkskommissionen den Fortbezug der Notstandshilfe im Sinne des Artikel I, Absatz 1, Punkt d, der VI. Novelle (in der Fassung der XIX. Novelle) erhalten könnten. Auf diese Personen finden die auf Grund der Richtlinien von den Industriellen Bezirkskommissionen zu erlassenden allgemeinen „näheren Bestimmungen“ mit der Maßgabe Anwendung, daß bei der Einreichung dieser Personen in die betreffende Art der Notstandshilfe die bisher zurückgelegte Bezugsdauer in Anrechnung zu bringen ist.

Bei den auf Grund der Ueberprüfung nach Artikel VI der 28. Novelle wieder in die Notstandshilfe aufgenommenen Arbeitslosen wird es sich vor allem um Personen handeln, die aus der Notstandshilfe ausgeschieden wurden, weil sie nach den zur Zeit der Ausscheidung geltenden Bestimmungen der Industriellen Bezirkskommissionen die höchstzulässige Bezugsdauer in Anrechnung wurde, daß sie Arbeit hätten finden können. Die Höchstsätze der Unterstützung für die auf Grund der Ueberprüfung in die Notstandshilfe wieder aufgenommenen Arbeitslosen betragen im Sinne der Richtlinien:

In größeren Städten u. Industriegebieten	In gemischten Land- und Industriegebieten	In vorwiegend ländlichen Gebieten
65	60	50

- Für alleinstehende Arbeitslose über 25 Jahren
- Für Familienhalter ohne Unterschied des Alters:
 - ohne Kind
 - mit 1 u. 2 Kindern
 - mit mehr als 2 Kind.
 - mit mehr als 5 Kind.